

**Dringliche Anfrage**

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 05.01.2010

**Was tut die Landesregierung gegen die drohende Hinrichtung des Journalisten Mumia Abu-Jamal?**

Die Bremische Bürgerschaft hat sich am 18. November 2009 in einem Dringlichkeitsantrag mit dem Journalisten Mumia Abu-Jamal solidarisiert. Er sitzt seit 1982 in den USA in der Todeszelle. Er wird beschuldigt, einen Polizisten erschossen zu haben. Beweise gibt es keine. Nun droht eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der USA, durch die die Hinrichtung von Mumia Abu-Jamal unmittelbar bevorstehen kann. Wie in Bremen haben sich weltweit Parlamente mit Abu-Jamal solidarisiert. Die Stadt Paris hat ihn zu ihrem Ehrenbürger ernannt.

Mehrere Menschenrechtsgruppen - u. a. Amnesty International - haben diese drohende Hinrichtung zum Anlass genommen, auf die weltweite Abschaffung der Todesstrafe zu drängen. Sie ist mit humanistischen Grundeinstellungen in einer Gesellschaft nicht vereinbar - in keinem Land der Welt. Sie negiert das elementare Menschenrecht auf Leben und ist eine Form besonders unmenschlicher, grausamer, erniedrigender Behandlung. Die Einhaltung der Menschenrechte und die gleichzeitige Verhängung und Vollstreckung der Todesstrafe schließen sich aus.

Der Niedersächsische Landtag hat sich mehrfach - so gleich zu Beginn der 16. Wahlperiode angesichts damaliger Ereignisse in China (vgl. Drs. 16/633) - zu einer Verantwortung bei der Thematisierung von Menschenrechtsverletzungen in aller Welt bekannt. Die Landesregierung hat zu solchen Gelegenheiten und öffentlich betont, dass sie bei ihren internationalen Kontakten Menschenrechtsverletzungen, wer immer sie begehe, thematisieren wolle.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Teilt sie die Bewertung, dass sich die Einhaltung der Menschenrechte und die Verhängung der Todesstrafe ausschließen?
2. In welcher Weise hat sie bei ihren vergangenen Besuchen und Gesprächen mit Regierungsvertretern in den USA die dort praktizierte Verhängung der Todesstrafe thematisiert?
3. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um sich der weltweiten Bewegung zur Rettung des Lebens des Journalisten Mumia Abu-Jamal anzuschließen?

Christa Reichwaldt  
Parlamentarische Geschäftsführerin